

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Ein Gletscher formt die Landschaft und schiebt dabei eine Menge Abrieb vor sich her. Nach dem Abschmelzen dieses Naturereignisses bleiben graue schlammige Massen von Gestein als Moränen liegen. Geologisch gesehen befinden wir uns also in der Endmoräne der Ära Kreuzberg. Diese besteht kommunalpolitisch in einer großen Zahl aufgeschobener Entscheidungen. So pflegten CDU und FDP gemeinsam die Illusion, Einschränkungen von freiwilligen Aufgaben oder die Erhöhung von Steuern und Gebühren seien nicht notwendig und alles könne so weiter gehen wie bisher. Eine unvorhergesehene Gewerbesteuernachzahlung rettete 2011 die Stadt für weitere drei Jahre vor dem Haushaltssicherungskonzept. Nun wird nach dem von Bürgermeister Freytag und dem Kämmerer vorgelegten Haushaltsentwurf die allgemeine Rücklage jährlich um mehrere Millionen Euro aufgezehrt: 2014 um 4 Mio €, 2015 um 14 Mio €, 2016 wieder um 4 Mio €. Bei diesen Zahlen ist schon eine Erhöhung der Grundsteuer B um 30 % auf 600 % eingerechnet. Das ist die Endmoräne der aufgeschobenen Entscheidungen.

In dieser Lage sind Einsparungen der gebotene Weg, um die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr als unabweisbar zu belasten: Unsere Fraktion hat gemeinsam mit FDP und der Linken mehrfach beantragt, auf die dritte Dezernentenstelle samt Nebenkosten zu verzichten. Dies hätte den Haushalt alleine um ca. 150.000 € entlastet. Nun ist die Dezernentin gewählt und auch wir werden sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und gegebenenfalls mit Anträgen begleiten.

Eine weitere Stelle mit erheblichen finanziellen Folgen wurde durch schwarzgrünen Mehrheitsbeschluss vor Beratung des Haushalts ausgeschrieben und fest installiert – die des Mobilitätsbeauftragten. Auf Wunsch der Grünen soll der Mobilitätsbeauftragte auch noch mit erheblichen Mitteln zur Erstellung noch nicht näher bezeichneter Gutachten ausgestattet werden. Das soll insgesamt weitere 100.000 € kosten. In den Haushaltsberatungen kam von Seiten der Mehrheitsfraktionen wenig Substantielles, was zu einer Konsolidierung des Haushalts beitragen konnte.

Auch die Ablehnung der Gebührenerhöhung in der Kunst- und Musikschule war von schwarz-grüner Seite nicht gegenfinanziert. Die Abstimmung im Hauptausschuss über den Stellenplan ergab schließlich Streichungen, die einer kontinuierlichen Arbeit der Verwaltung im Wege standen. Ich möchte sie nicht mehr zitieren, weil sich erfreulicherweise auch auf Seite der Mehrheitsfraktionen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass man mit „Hau-Ruck“-Aktionen keinen Haushalt sanieren kann. In der Folge gab es Gespräche in sehr konstruktiver Atmosphäre, in denen ein Teil der Streichungen zurück genommen wurde.

Nun steht die Konsolidierung des Haushalts an. Wir hoffen, dass die schwarz-grüne Ratsmehrheit nun langsam von der Realitätsverweigerung Abschied nimmt und den Haushalt nicht weiter mit verzichtbaren Ausgaben belastet.

Die SPD-Fraktion wird jedenfalls ihren Beitrag leisten und ihre Verantwortung wahrnehmen. Dabei sind wir ganz entschieden der Auffassung, die Beratung über Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung ausschließlich in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses durchzuführen. Gerade in dieser schwierigen Situation ist Transparenz geboten. Wir sind davon überzeugt, dass die Brühlerinnen und Brühler mit guten Argumenten zu überzeugen sind. Die Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern, die im Hauptausschuss zum Ausdruck kam, teilen wir nicht.

Durch die jetzigen Beschlüsse der Mehrheitsfraktionen ist ein um zwei Millionen Euro höheres Defizit als ursprünglich veranschlagt entstanden. Die einzige Einsparung ist die Streichung der Stelle für eine persönliche Referentin bzw. einen Referenten des Bürgermeisters – eine Stelle, die es schon lange gegeben hat und die nur zufällig unbesetzt war. Von einem nachhaltigen Haushalt kann man nicht sprechen, mit einem Minus von jetzt ca. 17 Mio € erreicht er durch die Beschlüsse der Mehrheitsfraktionen ein außergewöhnliches und vermeidbar hohes Defizit!

Warum ist es so wichtig, ein HSK zu vermeiden? Ein überwiegender Teil der Ausgaben ist gesetzlich festgelegt, die soziale Verantwortung für finanziell und auf andere Weise hilfsbedürftige Menschen wollen wir weiterhin wahrnehmen. Neue Aufgaben und Ausgaben wachsen zum Beispiel mit der großen Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen. So muss dringend Ersatz für das Flüchtlingsheim „Am Volkspark“ geschaffen werden, wenn eine Renovierung nicht mehr wirtschaftlich sein sollte.

Die Kinderbetreuung wird weiter ausgebaut, erfreulicherweise hat der Bürgermeister die Initiative ergriffen, die Qualität der Mittagsverpflegung zu bewerten und zu verbessern. Mehrere Millionen Euro werden aufgewendet um Sanierungen in den Schulgebäuden der Clemens-August-Schule und des Max Ernst-Gymnasiums durchzuführen.

Die künstlerische und musische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen und das kulturelle Leben in Brühl werden in besonderer Weise von der Kunst- und Musikschule getragen. Der jährliche Zuschuss der Stadt beträgt mehr als 700.000 €. Dies wollen wir weiter ermöglichen. Eine 10-prozentige Gebührenerhöhung, die die Eltern gleichzeitig mit einer Grundsteuererhöhung trifft, lehnen wir ab. Als einzige Fraktion hatten wir auch einen Ausgleichsvorschlag für die Mindereinnahmen.

Investitionen in die Feuerwehr, eine Sanierung oder Neubau des Rathauses Steinweg und die Ausstattung der Innenstadt, zum Beispiel die Sanierung des Balthasar-Neumann-Platzes sind dringend erforderlich. Hier besteht auch Konsens zwischen fast allen Fraktionen.

Diese von allen geschätzten und im Sinn sozialer Verantwortung finanzierten Angebote setzen wir mit dem Haushaltssicherungskonzept aufs Spiel. Daher bleibt nur die Alternative von Verzicht auf bestimmte Aufgaben oder einer Erhöhung der Einnahmen. So hat die SPD-Fraktion bereits den Verzicht auf den Neubau der Carl-Schurz-Straße (400.000 €) im Jahr 2016 beantragt. Ich hoffe, dass sich in den kommenden

Beratungen diese Einsicht durchsetzt und auch die Mehrheitsfraktionen wenigstens für 2016 schlüssige Konzepte zum Abtragen der Endmoräne aufgeschobener Entscheidungen entwickeln.

Bei vielen größeren Projekten und Entscheidungen fordern die Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz und Dialog mit der Verwaltung und dem Rat. Hier sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, die in der Unterschriftensammlung zum Rathaus Steinweg und den Protesten gegen ein Bauprojekt in Kierberg ihren Ausdruck fanden. Wir begrüßen die Einrichtung der Stabsstelle Bürgerbeteiligung durch den Bürgermeister und erwarten durch den Einsatz von Instrumenten wie z.B. einer Bürgerwerkstatt zu bestimmten Planungen nicht nur größere Akzeptanz, sondern auch neue Ideen, die umsetzbar sind. Mit dem Instrument „Bürgerentscheid“ soll und darf jedoch nicht die Verantwortung des Rates für das Wohl der Stadt aus der Hand gegeben werden – schließlich sind Rat und Ausschüsse ja Instrumente der repräsentativen Bürgerbeteiligung.

Im Stellenplan hat es neben den gesetzlich vorgeschriebenen Erweiterungen im Bereich der Feuerwehr und der Kindertagesstätten auch einige Neu- und Wiederbesetzungen im inneren Bereich der Verwaltung gegeben. Hier unterstützen wir Bürgermeister Dieter Freytag, weil die „Einsparungen“ in diesem Bereich in den vergangenen Jahren auf Kosten der Mitarbeiter erzielt wurden. Es hat gegenüber dem Dienstvorgesetzten und dem Personalrat mehrere Überlastungsanzeigen gegeben. Wir begrüßen, dass diese Missstände abgestellt werden.

Als Konsequenz aus dem insgesamt nicht umsetzbaren Krups-Gutachten aus dem Jahr 2004 wurden 2010 die Entsorgungsbetriebe und der Betriebshof zu den Stadtwerken überführt. Durch sogenannte „Synergien“ sollten die zusätzlichen Kosten für die Mehrwertsteuer in Höhe von 600.000 bis 800.000 € aufgefangen werden. In meiner letzten Haushaltsrede 2013 habe ich gefragt, ob dieser Ausgleich gelungen ist. Nach Monaten erhielt ich eine Antwort, die den Misserfolg verklausuliert bestätigte. Bürgermeister Freytag hat die Rückführung der Entsorgungsbetriebe in die Verwaltung vorgeschlagen, um den Gebührenzahlern die Mehrwertsteuer zu ersparen. Vorteile einer Anstalt öffentlichen Rechts, wie von CDU und Grünen vorgeschlagen, können wir nicht erkennen, eher sehen wir darin eine weitere Konstruktion, die sich der Entscheidung von Ausschüssen oder des Rates entzieht und die Öffentlichkeit ausschließt, also Transparenz verhindert. Vor allem aber sollen die betroffenen Mitarbeiter über die Konsequenzen informiert und dazu gehört werden.

Es ist deutlich geworden, dass es in großen Bereichen des Haushalts sowie städtischer Leistungen und Projekte einen umfassenden Konsens gibt. Allerdings stehen wir nun wegen fehlender Entscheidungen in der Vergangenheit – ich erinnere nur an unsere Anträge und pikanterweise auch die der Grünen zur Verbesserung der städtischen Einnahmen aus dem Jahr 2013 – vor gewaltigen finanziellen Schwierigkeiten.

Leider hat die Ratsmehrheit bisher nur die Besetzung von Spitzenpositionen betrieben und beschlossen, ohne die finanziellen Grundlagen für eine nachhaltige Sicherung des städtischen Haushalts zu schaffen. Deshalb lehnen wir den Haushaltsentwurf 2015 in der von der Ratsmehrheit gestalteten – oder verunstalteten - Form ab. Für die Beratungen in diesem Jahr im Blick auf den Haushalt 2016 hoffen wir auf Ergebnisse, die der Zukunftssicherung unserer Stadt dienen.

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei und im Ratsbüro, für die stets kompetente und flexible Vorbereitung unserer Beratungen sowie die Dienstleistungen für die Brühler Bürgerinnen und Bürger. In den Dank schließe ich auch die Ratskolleginnen und Ratskollegen ein für die zwar kontroversen aber persönlich fairen Beratungen.

Dr. Matthias Petran
(Fraktionsvorsitzender)